

Blick in verborgene Schatzkammern

EINBLICKE Im Rahmen der Bamberger Kunst- und Antiquitätenwochen öffneten Händler ihre Magazine und Galerien und zeigten, was der Markt zu bieten hat. [Seite 4](#)



Spaltet der Merz-Sparkurs die Gesellschaft?

SOZIALER FRIEDEN Der Kanzler will den Sozialstaat umbauen. Im Herbst soll es losgehen. Nun sprechen Experten deutliche Warnungen aus.

VON STEFAN LANGE

Berlin Vor dem Hintergrund drohender Einsparungen im Bundeshaushalt warnen Sozial- und Wohlfahrtsverbände von einer Spaltung des Gesellschafts. Im Fokus stehen dabei die Spartenkündigungen von Regierungschef Friedrich Merz (CDU). „Der Kanzler sieht die soziale Arbeit zu sehr als Kostenfaktor“, kritisierte der Präsident der Diakonie Deutschland, Rüdiger Schuch, im Gespräch mit unserer Redaktion und warnte vor einer Gefährdung des sozialen Friedens. Die Chefin des Sozialverbandes Deutschland (SoVD), Michaela Engelmeier, äußerte die Sorge, dass die aktuelle Politik der schwarz-roten Koalition die Gräben weiter aufreißt.

Anlass der Kritik sind Äußerungen von Merz, der den Haushalt entlasten und dafür gegebenenfalls Sozialleistungen streichen will. Auf dem Prüfstand stehen etwa

die Eingliederungshilfe und das Bürgergeld. Schwarz-Rot wird den Rotstift besonders beim Etat für 2027 ansetzen müssen. Dann werden gewaltige Zinszahlungen fällig, die bis 2029 auf rund 60 Milliarden Euro jährlich anwachsen.

Schuch sagte, er habe immer stärker das Gefühl, dass die Regierung den Sozialstaat nur als Problem wahrnehme. Merz sehe „zu wenig, dass Menschen, die im Bürgergeld gefördert werden und auf den ersten Arbeitsmarkt kommen, ihr Leben wieder eigenständig gestalten können und einen wichtigen Beitrag für diese Gesellschaft leisten“. Ähnliches geltte für die Eingliederungshilfe.

Engelmeier warf der Koalition vor, mit der Stromsteuer nur die Wirtschaft, aber nicht die privaten Haushalte zu entlasten. Gleichzeitig drohte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann „mit einem heißen Herbst der schmerzhaften Reformen“. Das seien alles Mosaiksteinchen, „die

Millionen Menschen eher beunruhigen und zudem die Spaltung der Gesellschaft befürchten, vielleicht sogar die Demokratie gefährden“, sagte sie.

Job Steinke, Leiter Jugend und Wohlfahrtspflege beim Deutschen Roten Kreuz, lobte die Regierung für „eine gewisse Kontinuität“ im Haushalt für 2026. Er kritisierte gleichzeitig aber auch, dass die Fortschreibung der Haushaltssätze den gestiegenen Kosten für Personal und anderen Fixkosten nicht gerecht werde und de facto eine Kürzung darstelle. „Wir haben bereits in den letzten Jahren gesehen, dass soziale Einrichtungen und Angebote reduziert oder geschlossen werden mussten, obwohl die Bedarfe da sind“, sagte Steinke unserer Redaktion. Dabei sei die soziale Infrastruktur insgesamt zentral für einen funktionierenden Staat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Man sollte sich, gerade in diesen Zeiten, deshalb zweimal überlegen, bevor

man genau an dieser Stelle den Rotstift ansetzt“, sagte Steinke.

Die Sozialwirtschaft in Deutschland, also Werkstätten für Behinderte oder Kinder- und Jugendeinrichtungen, trägt jährlich im Schnitt fünf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei und ist damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Allein in der gemeinnützigen Wohlfahrt arbeiten rund 2,3 Millionen Menschen. Hinzu kommen bis zu dreieinhalb Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren“, sagte Diakonie-Chef Schuch. Der Sozialstaat sei deshalb kein Problem, sondern „ein Gelingensfaktor“. Er sorge nicht nur für den sozialen Frieden, er setze auch zivilgesellschaftliche Kräfte frei, die für die Bewältigung der enormen Herausforderungen dringend benötigt würden. „Das mag zunächst etwas kosten, bringt aber später einen unglaublichen Mehrgewinn. Und dieser Mehrgewinn muss ins Sichtfeld des Bundeskanzlers kommen.“

GASTRONOMIE

Bayerns Wirsche machen weniger Umsatz

München Für Bayerns Wirsche läuft es derzeit schlecht. Im ersten Halbjahr machten sie preisbereinigt 2,5 Prozent weniger Umsatz als vor einem Jahr, wie das Landesamt für Statistik mitteilt. Betrachtet man nur den Juni, fällt das Minus mit 4 Prozent sogar noch deutlicher aus. Damit hat sich der Negativtrend aus dem ersten Quartal sogar noch leicht beschleunigt.

Betroffen ist vor allem die speisengeprägte Gastronomie, also der Bereich von Restaurants und Gaststätten über Imbissbuden bis zum Eiscafé. Dort geht es

im Vergleich zum ersten Halbjahr 2024 um 3,1 Prozent nach unten. Die getränkegeprägte Gastronomie, Kneipen oder Bars, blieb dagegen nur 0,1 Prozenten, Caterer 0,5 Prozent.

Eine Rolle für den Rückgang dürfte die Debatte um steigende Preise in der Gastronomie spielen, die möglicherweise Gäste verprellt. Die letzten Inflationszahlen hatten dort immer wieder überdurchschnittliche Zunahmen gezeigt. Das Gastgewerbe insgesamt blieb allerdings preisbereinigt nur 1 Prozent Umsatz ein. Grund dafür ist, dass der an-

dere große Bereich der Branche, die Beherbergung, mit einem Plus von 1,1 Prozent zulegen konnte – getrieben von Campingplätzen und Hotels.

Auch die Beschäftigung im Gastgewerbe ging zurück. Allerdings passt die Verteilung des Jobbaus nicht zur Umsatzentwicklung: So steht in der getränkegeprägten Gastronomie, die sich bei den Erlösen relativ stabil zeigt, bei der Beschäftigung ein Minus von 5,6 Prozent zu Buche.

In den schlechter laufenden Restaurants dagegen sinkt die Zahl der Jobs nur um 0,3 Prozent. *dpa*

PREISVERGLEICH

Bauland ist in Oberfranken am günstigsten

Fürth Ein Quadratmeter baureifes Land hat in Bayern im Vorjahr im Durchschnitt 381 Euro gekostet – das ist mehr als 2023. Damals errechnete das Landesamt für Statistik einen Durchschnittspreis von rund 340 Euro. 2022 dagegen lag der Kaufwert noch bei 430 Euro.

Die Entwicklung muss vorsichtig interpretiert werden, wie das Landesamt weiter mitteilte: Denn anders als bei einer klassischen Preisstatistik verändert sich die Mischung der verkauften Grundstücke, was die Vergleichbarkeit einschränkt.

Große Unterschiede gibt es zwischen den einzelnen Regierungsbezirken. In Oberbayern – also dem Regierungsbezirk mit der Landeshauptstadt München – waren im Schnitt 978 Euro fällig. Rechnet man München heraus, kommt Oberbayern immer noch auf einen Durchschnittswert von 633 Euro.

In Oberfranken bekommen Bauwillige das Land dagegen für geradeweiheit einmal 125 Euro pro Quadratmeter. Der Regierungsbezirk hat in einigen Regionen mit einem Rückgang der Bevölkerung zu kämpfen.

dpa

Besuchen Sie den Fränkischen Tag auch unter [fränkischer-tag.de](#)



Was hilft gegen die Hitze?

Bamberg Neun Prominente verraten, wie sie die tropischen Temperaturen am besten überstehen. [Seite 3](#)

Cannabis aus eigenem Anbau

Buttenheim Erstmals gab eine Anbauvereinigung legal angebautes Cannabis an Mitglieder aus. [Seite 5](#)

Katastrophale Lage

Berlin Nahost-Experte Peter Lintl spricht über die Situation in Gaza und die Pläne für den Küstenstreifen. [Seite 15](#)

Ein Plan für die große Hitze

Athen/Rom/Madrid Das kann Deutschland von südlichen Ländern lernen in Sachen Hitzeschutz. [Seite 18](#)

Eine neue Strategie

Riad Die saudi-arabische Fußball-Liga lockt nicht mehr nur Altstars mit einer Megagage an. [Seite 20](#)

Keine zwei linken Hände

Berlin Heute ist internationaler Linkshändertag: interessante Fakten und Mythen zum Thema. [Seite 28](#)